

Digitalisierung & KI

Wie das Breitbandportal Glasfaser ins Land bringen soll

Das von Hessen und Rheinland-Pfalz entwickelte Breitbandportal soll den Glasfaserausbau vorantreiben. Noch ist der digitale Antrag nur in wenigen Pilotkommunen verfügbar. Doch das soll sich schon bald ändern, sagt Hessens Digitalministerin Kristina Sinemus.



von Lisa Oder

veröffentlicht am 27.09.2022

Bevor das Jahr **2025** endet, soll die **Hälfte aller Haushalte und Unternehmen** hierzulande mit **Glasfaser** versorgt sein. So lautet das von der Bundesregierung in sowohl **Digital-** als auch **Gigabitstrategie** festgehaltene Ziel. Zwar reichen dafür bereits Leitungen, die am Gebäude vorbeiführen (*Tagesspiegel Background berichtete (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/warum-die-gigabitziele-eine-mogelpackung-sind>)*), trotzdem muss zur Zielerreichung noch viel passieren. Der jüngsten *Marktstudie des Bundesverbands Breitbandkommunikation* (*<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/schleswig-holstein-und-hamburg-sind-spitzenreiter-beim-glasfaserausbau>*) (Breko) nach hat etwa **jeder vierte Haushalt** einen Zugang zum Glasfasernetz.

Und es geht nur langsam voran: Reicht ein ausbauendes Unternehmen einen Antrag bei den **Wegebausträgern** – also etwa den Kommunen – ein, liegt die **durchschnittliche Bearbeitungszeit** bei bis zu **vier Monaten**. So heißt es in der *Gigabitstrategie* (*<https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Anlage/K/gigabitstrategie.pdf?>*

__blob=publicationFile) der Bundesregierung. Gründe für die lange Bearbeitungszeit gibt es mehrere. Zum einen sehen sich die Unternehmen mehr als **12.000 verschiedenen Behörden auf kommunaler und Länderebene** gegenüber, die teilweise auf eigene Formulare und Anforderungen bestehen. Andererseits kosteten **unvollständige oder falsch ausgefüllte Anträge** die Behörden viel Zeit, so deren Kritik.

Portal ermöglicht medienbruchfreie Kommunikation

Das Verfahren beschleunigen soll nun das *Breitbandportal* (<http://www.breitband-portal.de/>), über das Netzbetreiber ihre Anträge digital einreichen können. Konkret beantragen die Unternehmen die **Zustimmung zur Leitungsverlegung**, einem der am häufigsten genutzten Anträge beim Glasfaserausbau. Der Vorteil: Die Unternehmen können während des Prozesses direkt Informationen zum geplanten Bauvorhaben auf einer webbasierten Karte einzeichnen, etwa wo sie Verteilkästen planen oder die Leitungen verlaufen sollen. Auf der anderen Seite können die Sachbearbeiter in den Behörden die Anträge über das Breitbandportal auch **digital genehmigen** oder **Rückfragen stellen**.

Statt sich mehrmals Briefe hin und her zu schicken oder sogar selbst in der Behörde vorstellig werden zu müssen, können die Beteiligten direkt im Portal miteinander kommunizieren. Der Bund verspricht sich von dem Portal mehr **Effizienz** und **Transparenz**, heißt es in der Gigabitstrategie.

Das Portal auf den Weg gebracht haben die beiden Bundesländer **Rheinland-Pfalz und Hessen**. Dabei entwickelte der hessische IT-Dienstleister **Ekom21** das Portal, die **Metropolregion Rhein-Neckar GmbH** verantwortete die Umsetzung. Von Beginn an setzten die Beteiligten darauf, sowohl die Erfahrungen der Kommunen als auch die der Netzbetreiber miteinzubeziehen. Von dem Portal verspricht sich **Hessens Digitalministerin Kristina Sinemus** (CDU) eine enorme Zeitersparnis. Im Schnitt sei es möglich, einen Antrag **innerhalb von 90 Minuten** zu bearbeiten. „Das lässt uns deutlich Fahrt aufnehmen“, sagt sie gegenüber Tagesspiegel Background.

Länder können Leistung bereits nachnutzen

Mit dem Portal sind die beiden Länder ihrer Pflicht nachgekommen, die Verwaltungsdienstleistung im Rahmen des **Onlinezugangsgesetzes (OZG)**

nach dem **Einer-für-Alle-Prinzip** (EfA) zu digitalisieren. Die Länder digitalisieren die Leistung also so, dass andere Länder sie nachnutzen können. Eigentlich schreibt das Gesetz vor, dass bis **Ende des Jahres 575** solcher Dienstleistungen digital verfügbar sein sollen. Schon seit längerem ist klar, dass sich dieses Ziel nicht mehr erreichen lässt. Deshalb hatte der IT-Planungsrat im Mai 35 Leistungen priorisiert, die noch in diesem Jahr flächendeckend ausgerollt werden sollten, was allerdings auch nicht klappt (*Tagesspiegel Background berichtete* (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/ozg-booster-was-klappt-dieses-jahr-noch>)). Der flächendeckende **Rollout** der OZG-Leistungen ist für Ende des Jahres angesetzt. Das Portal steht seit Ende August *allen Bundesländern zur Verfügung* (<https://www.fitko.de/fit-store>).

Derzeit arbeiten die beiden Länder vor allem daran, die Dienstleistung flächendeckend innerhalb der eigenen Landesgrenzen auszurollen. „Unser Ziel ist es, bis Ende des Jahres **mindestens 50 Prozent** der hessischen Kommunen an das Breitbandportal angeschlossen zu haben“, sagt Sinemus. In einem nächsten Schritt solle die verbliebene Hälfte bis **Mitte 2023** ebenfalls Zugang zum Portal erhalten.

Acht Pilotkommunen aus Hessen und Rheinland-Pfalz sind bereits technisch an das Portal angebunden, darunter Limburg an der Lahn und Hadamar in Hessen sowie Ludwigshafen, Speyer und Worms in Rheinland-Pfalz. Wer ein Projekt in den Pilotkommunen über das Portal beantragen will, muss sich noch bei der entsprechenden Kommune melden, um **freigeschaltet** zu werden. Das solle künftig nicht mehr nötig sein, eine **standardisierte Authentifizierung** sei in Planung. Grundsätzlich können sich die Netzbetreiber über das Unternehmenskonto des Bundes auf **Elster-Basis** anmelden.

Pilotkommunen sollen unterschiedliche Voraussetzungen widerspiegeln

Die Pilotkommunen seien so ausgewählt worden, dass sie möglichst verschiedene Aspekte repräsentieren. So zählen sowohl **große als auch kleine Kommunen** zu den Auserwählten, auch hinsichtlich ihrer **Flächenstruktur** würden sich die Kommunen Sinemus zufolge unterscheiden. Gezwungen worden sei aber niemand, alle Kommunen hätten sich freiwillig für das Projekt gemeldet. Erste praktische Erfahrungen

der Pilotkommunen und dortigen Unternehmen seien **noch nicht systematisch ausgewertet** worden. Allerdings habe es noch **keine Beschwerden** hinsichtlich des digitalen Prozesses als solchen gegeben.

Um möglichst schnell möglichst viele weitere Kommunen zu überzeugen, plane das Digitalministerium derzeit verschiedene Informationsveranstaltungen. **Pietro Pitruzzella** ist zuständiger Referent für digitale Infrastruktur und Gigabitausbau bei der Digitalministerin und reist deshalb derzeit von Stadt zu Stadt durch Hessen. Vor kurzem sei er bereits in Kassel gewesen, demnächst geht es für ihn nach Gießen. Der Plan: Zunächst sollen in den verschiedenen Regionen die **zuständige Koordinator:innen der Landkreise** geschult werden. „Die Idee ist, dass die Kreiskoordinatoren Kommune für Kommune beraten. Der erste Meilenstein besteht darin, dass **fünf Kommunen pro Landkreis** angebunden werden“, erklärt Pitruzzella.

Einige Bundesländer haben bereits ihr Interesse an der OZG-Leistung bekundet. So haben bereits einige eine **Absichtserklärung** unterzeichnet, das Portal nachnutzen zu wollen. Dazu zählen unter anderem **Bayern, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein** sowie seit neuestem **Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern**. Noch vor wenigen Wochen hatte die Staatssekretärin im Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) **Daniela Kluckert** auf dem Sommerfest des Branchenverbands **VATM** gesagt, sie sehe bei Genehmigungsprozessen und deren Digitalisierung auch die Bundesländer in der Pflicht. Es gelte, auch die Standards anderer anzunehmen und zu **deutlich mehr Einheitlichkeit** zu kommen.

Antrag lasse sich gut an andere Länder anpassen

Sinemus ist der Meinung, die Thematik habe in den unterschiedlichen Bundesländern eine ähnliche Symptomatik. Bislang sei der im Portal integrierte Antrag so konzipiert, dass er sich **gut** an die **Gegebenheiten** in den anderen Ländern **anpassen** lasse. Die Ministerin spricht vereinfacht von einem **Basispaket**, das sich in den anderen Ländern problemlos nachnutzen ließe. Jede Kommune registriert sich selbst beim Breitbandportal und erhält vorab einen **Musterbescheid**, der mit dem jeweiligen Bundesland abgestimmt ist. Liegen Besonderheiten vor Ort vor, lässt sich der Musterbescheid weiter individualisieren.

Aus Sicht der hessischen Digitalministerin führt die Einführung eines gemeinsamen Portals auch zu einer **Vereinheitlichung der Prozesse** in den Bundesländern. Dennoch könnten durch das Verfahren **existierende Unterschiede** in den Ländern abgebildet werden. „In der Marktgemeinde Burghaun in Hessen muss ich mir beispielsweise keine Gedanken machen, wie es an den **Deichen** aussieht. In den Kommunen in Schleswig-Holstein sieht das anders aus“, führt Pitruzzella auf.

Bis Ende 2022 übernimmt der **Bund die Kosten für die Entwicklung der OZG-Leistungen**. So seien **2021** knapp **670.000 Euro** aus dem Haushalt für das OZG ausgegeben worden, in diesem Jahr wurden **fast neun Millionen Euro zum Abruf** bereitgestellt. Ab 2023 sollen die Länder die Kosten selbst übernehmen. Deshalb müssten Hessen und Rheinland-Pfalz den nachnutzenden Ländern die Gebühren des Dienstes mitteilen. Derzeit sehe es so aus, als müssten die Länder die Kosten nach dem **Königsteiner Schlüssel** selbst finanzieren – die **Einwohnerzahl** spielt also eine entscheidende Rolle bei der Frage, wer wie viel Geld zahlen soll. Sinemus geht allerdings davon aus, dass sich in Sachen Finanzen noch etwas tun könnte. „Wir **erwarten**, dass es hier zu einer **Übergangsfrist** kommt“, sagte sie.

Künftig weitere Anträge digital verfügbar

Langfristig sollen auch weitere Antragsarten in dem Portal verfügbar sein. Bei zwei Punkten seien die Entwickler:innen schon sehr weit. Bereits in Planung sei es, **Aufbruchgenehmigungen** für alternative Verlegemethoden sowie eine **verkehrsrechtliche Anordnung** digital beantragen zu können. „Diese Punkte haben sich die Unternehmen von Beginn an gewünscht“, sagt Sinemus. Zudem soll es Schnittstellen zu Fachsoftware der Unternehmen und Verwaltungen geben.

In der *Anhörung zur Gigabitstrategie vor dem Digitalausschuss des Bundestags*

(https://www.bundestag.de/ausschuesse/a23_digitales/Anhoerungen/905900-905900) am Montag vergangener Woche kündigte **Fedor Ruhose** (SPD) aus dem **Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitales des Landes Rheinland-Pfalz** zudem an, noch einmal genauer zu überprüfen, ob sich das Portal noch **nutzerfreundlicher** gestalten lasse.

In der Branche kommt das Portal gut an. So drängt der **Breko-Verband** darauf, die OZG-Leistung zügig bundesweit auszurollen anstatt erst einmal auf Pilotkommunen in den nachnutzenden Bundesländern zu setzen. „Der Breko setzt sich dafür ein, dass das Breitbandportal gemeinsam mit allen Ländern und der Telekommunikationsbranche weiterentwickelt wird“, sagte **Jan Simons**, Leiter Landes- und Kommunalpolitik beim Verband, Tagesspiegel Background auf Anfrage. Ziel sollte eine bundesweit **einheitliche Lösung** sein. Denn unterschiedliche Systeme würden den Aufwand sowohl auf Seiten der Netzbetreiber als auch auf Seiten der Verwaltung unnötig vergrößern.